

Warum Plan der Arbeit?

Autor(en): **Giovanoli, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332420>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Warum Plan der Arbeit?

Von Fritz Giovanoli

Jede politische Ueberlegung und jede Entscheidung, deren Bedeutung über den Tag hinausreicht, hat sich an der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven für die nächste Zukunft zu orientieren. Welcher Situation stehen wir in dieser Beziehung gegenüber?

Die letzten Ausweise der Arbeitslosenzählungen zeigen eine *Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise*. Sie ist durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

	Zahl der Arbeitslosen		Zunahme	
	1934	1935	absolut	in %
Januar	99,100	110,300	11,200	11,1
Februar	91,200	102,900	11,700	12,8
März	70,100	82,200	12,100	17,2
April	54,200	72,400	18,200	33,6
Mai	44,100	65,900	21,800	49,4
Juni	47,000	59,700	12,700	27,0
Juli	49,200	63,500	14,300	29,0

Für die Entwicklung ist selbstverständlich entscheidend der Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Die Zahlen reden eine deutliche Sprache: wir haben mitten im Sommer 1935 trotz vorzüglichem Bauwetter Arbeitslosenzahlen, die um 27 bis 49 Prozent höher sind als in den Monaten des letzten Jahres.

Jedermann weiß, daß diese Verschärfung eine Folge der über den ganzen *Baumarkt* hereingebrochenen Krise ist. Die nachfolgenden Zahlen für die Juliausweise 1934 und 1935 illustrieren die *Umschichtung innerhalb der Arbeitslosenarmee*:

	Juli 1934	Juli 1935
Baugewerbe	11,700	20,000
Metallindustrie	6,900	8,800
Uhrenindustrie	10,500	9,100

Nahezu ein Drittel aller Arbeitslosen entfällt mitten im Sommer 1935 auf solche des Baumarktes! Ihre Zahl übersteigt in der Bausaison wesentlich diejenige der ausgesprochenen Krisenindustrien der Metall- und Uhrenbranche.

Diese Entwicklung wird sich eher noch verschärfen. Die Baubewilligungen bilden für die Einschätzung des künftigen Baumarktes ein zuverlässiges Barometer. In den ersten sieben Monaten des Jahres wurden nämlich in 28 Städten baubewilligt 3348 Wohnungen gegenüber 5576 im Jahre 1934 und 8349 im Jahre 1933. Beiläufig sei darauf hingewiesen, daß in der Betriebszählung 1929 gezeigt wurde, wie 30 Prozent aller in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen auf das Baugewerbe entfallen oder mit ihm direkt verknüpft sind. Wer das noch nicht gewußt hat, dem wird es jetzt durch Tatsachen gewichtiger Natur zu Gemüte geführt!

Damit nicht genug. *Der Charakter der Krise in der Schweiz wird durch eine Reihe neuer Faktoren bestimmt.* Das ist jedem klar, der in den letzten Monaten nicht auf dem Mond gelebt hat. Wir meinen damit in erster Linie die in Ausmaß und Tragweite noch gar nicht abzuschätzenden *Krisenquellen, die in der Situation der Groß- und Mittelbanken* mit ihrer Illiquiditätskrise liegen, sowie mit den Verlusten des Finanzkapitals auf dem Gebiet der sogenannten eingefrorenen oder besser gesagt verlochten Kapitalanlagen im Ausland. Bisher allein für Deutschland allzu optimistisch auf 2,7 Milliarden Franken geschätzt, weiß man heute nach der Verwerfung der Kriseninitiative, daß es sich um *mindestens 4 Milliarden Franken* handeln wird. Bekanntlich konnte der sogenannte Fälligkeitsaufschub bei der Basler Handelsbank von den politischen Manövranten im Bundeshaus nur mit knapper Not über den 2. Juni hinausgeschoben werden. Wir haben uns in diesem Zusammenhang mit diesen Fragen nicht näher auseinanderzusetzen. Sicher ist nur dreierlei: einmal ergeben sich aus dieser Situation für den schweizerischen Kapitalismus bestimmte Konsequenzen, und zum anderen erhält durch diese schwerwiegenden Faktoren das Gesicht der schweizerischen Krise ganz neue Züge, die zu übersehen oder zu verkennen nur den politischen und wirtschaftlichen Kesselflickern der herrschenden allbürgerlichen Regierungallianz einfallen wird.

Zum dritten hat man sich einmal zu überlegen, was diese Seite der Krise unter der glorreichen Führung der Bankkapitäne und der Privatwirtschaft das schweizerische Volk kostet. Nach der Bankstatistik beanspruchten die Verluste und die Abschreibungen im Jahre 1931 116 Millionen Franken, 1932 166 Millionen Franken und 1933 225 Millionen Franken, in diesen drei Jahren 1931 bis 1933 also ein Betrag von über einer halben Milliarde Franken. Dabei sind in diesen Zahlen Institute mit Nachlaßvertrag und Zahlungseinstellung nicht einmal inbegriffen und die Trümmer der alten Volksbank und der Diskontobank werden sich erst in den Zahlen für 1934 und 1935 »manifestieren«. Wer sich mit den kommenden Dingen auseinandersetzt, wird gut tun, solche Zahlen als Basis von Berechnung und Einschätzung miteinzubeziehen.

So sieht, nur ganz oberflächlich und unvollständig gezeichnet, die *wirtschaftliche Situation* aus. Wir haben nicht nur »gewissermaßen«, sondern tatsächlich in der bisherigen Krise noch eine neue Krise erhalten.

Und die politische Lage? Die bürgerlichen Parteien und ihre Führung sind *ohne Kurs und ohne Plan*. Sie leben von der Hand in den Mund und lassen sich von den Bedürfnissen des Tages und ihrer politischen Schiebungsnotwendigkeiten treiben. Sie leben nur noch von den Unterschlagungen des tatsächlichen Sachverhalts ihren Wählern und dem ganzen Volk gegenüber. Es wird ein böses Erwachen geben. Ununterbrochen sind sie im Besitz der uneingeschränkten politischen Macht, die sie brutal und ausschließlich ausgenützt haben. Nun sie Rechenschaft über ihre Regierungstätigkeit ablegen müssen, haben sie *den Bankrott zu registrieren und die offensichtliche Dokumentation*

ihrer Unfähigkeit, Volk und Staat aus der Krise herauszuführen und einem Volk von 4,2 Millionen Seelen die materiellen Existenzgrundlagen zu sichern.

»Die bürgerlichen Parteien haben weder ein konkretes Programm noch einen bestimmten Plan für eine erfolgreiche Krisenabwehr.

Während die bürgerlichen Parteien der Krise und ihren sozialen Auswirkungen rat- und tatlos gegenüberstehen, verschärft sich die allgemeine Wirtschaftslage von Tag zu Tag.

Die von ihnen verteidigte Privatwirtschaft und die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die zum wilden Preiskampf, zur Anarchie, zur Verschuldung und Verarmung des Volkes führen, drohen in eine Katastrophe auszumünden.«

Diese plastischen Worte, mit denen nach der Verwerfung der Kriseninitiative der Parteiausschuß der Sozialdemokratie die Politik der bürgerlichen Regierungsmehrheit gekennzeichnet hat, haben heute noch mehr Gültigkeit als vor einem Vierteljahr.

Diese *Kurs- und Ratlosigkeit der bürgerlichen Klasse*, diese *Planlosigkeit der Wirtschaftspolitik ihrer versagenden politischen Führung*, diese offensichtlich ungenügende, zusammenbrechende und ausweglose »Ordnung«, die kapitalistische Parteien mit ihren Trabanten und Kostgängern in den kommenden Nationalratswahlen zu stützen und zu verteidigen haben, *fühlt und erkennt die breite Volksmasse*. Immer mehr auch jene, die die politische Basis der heute herrschenden Regierungspolitik bildeten.

Sie sehen den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft, die nicht mehr imstande ist, die allgemeine Wohlfahrt zu organisieren und die Landesinteressen zu verwalten. Sie sehen *das Versagen der bisherigen Methoden der Krisenbekämpfung* der bürgerlichen und kapitalistischen Führung.

In dieser wirtschaftlichen und politischen Lage weisen Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung mit dem Plan der Arbeit den einzig gangbaren Weg aus der Krise und den Aufbau einer neuen Ordnung. *Darin liegt die Bedeutung des Plans der Arbeit*, der Chaos durch Plan ersetzt und die Wirtschaft auf eine neue Grundlage stellt. Die ausgehungerten Massen, die Arbeitslosenarmee und die Schuldenbauern, die bisher in bürgerlicher und kapitalistischer Ideologie befangenen Schichten, die sich auf der sozialen Rutschbahn befinden, denen die heutige »Ordnung« bisheriges Auskommen durch Raub ihrer einstigen Existenzgrundlage und Verelendung ersetzt, *sie wollen alle, daß es anders werde*. Weder die alten Systemparteien bürgerlicher Katastrophenpolitik, noch die faschistischen Fronten vermögen ihnen konkret Ausweg und Lösung zu weisen. Wohl aber zeigt ihnen der Plan der Arbeit mit seinen Forderungen, *daß es und wie es anders werden kann*.

Ueber die Notwendigkeit planwirtschaftlicher Maßnahmen kann heute im Ernst gar nicht mehr diskutiert werden. Die Frage lautet nur, welcher Art diese sind, ob sie einem *Gesamtplan* entsprechen und sich an den nationalen Gesamtinteressen von Volk und Wirtschaft oder nur am Profit- oder Cliqueninteresse bisher Privilegierter orientieren. *Daß*

die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes einer einheitlichen Leitung zu unterstellen sind, geht immer mehr in das Bewußtsein des Volkes über. Was bis heute Spekulationsobjekt und Grundlage der Ausbeutung und Bereicherung für wenige ist, muß in den Dienst von Arbeit, Volk und Staat eingesetzt werden.

Der Plan der Arbeit mit den Eckpfeilern der Nationalisierung des Bankkapitals, des Kapitalexports und dessen Verwertung für die industrielle und landwirtschaftliche Exportförderung, der Errichtung von staatlichen Außenhandelsmonopolstellen für die wichtigsten Massenbedarfsartikel, der planwirtschaftlichen Arbeitsbeschaffung und der Verstaatlichung der heute monopolisierten Großindustrie ergibt sich aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Es sind aber noch andere Ueberlegungen, die zu solchen Schlußfolgerungen führen. Sie sind die Folge der Grunderkenntnis, daß man *innerhalb der alten kapitalistischen Ordnung Arbeitslosigkeit und Krise nie endgültig zu überwinden vermag und keine neuen wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten in diesem Rahmen gegeben sind*. Wer heute das Gegenteil predigt, gefällt sich in der Rolle eines *Gesundbeters* der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Illusionen zu nähren. Die Hoffnungen, die sich an neuerdings irgendwo am Erdball auftretende Silberstreifen knüpfen, werden wie Seifenblasen zerplatzen, so sicher wie jene vielen anderen Hoffnungen, die man in den letzten Jahren periodischerweise beerdigen mußte. Gewiß sind augenblickliche Auftriebsperioden möglich. Aber wir wissen, daß sie heute mehr denn früher nur *eine* historische Funktion haben werden: die *Bedingungen und Voraussetzungen für noch größeren Verfall und größere Krise zu schaffen*. Die kapitalistische Entwicklung macht in der Krise keine Pause, und Arbeitslosigkeit und Krise *sind* eben *Bestandteil* der kapitalistischen Profitproduktion. Es ist viel zu wenig gewürdigt, daß England schon vor Ausbruch der Krise, also zur Zeit der letzten »Hochkonjunktur«, mehr als eine Million Arbeitslose aufwies und die USA. in der letzten Prosperitätskonjunktur trotz riesigster Investitionen (1923 bis 1929) eine steigende Arbeitslosenarmee zu verzeichnen hatte, die größer war als je in einer vorhergehenden Krise.

Dauerhafte Ueberwindung von Krise und Arbeitslosigkeit ist eben nur durch die Organisation einer Planwirtschaft möglich. *Wir haben Chaos durch Plan zu ersetzen, wollen wir wieder das ganze Volk in Arbeit stellen. Nur der Plan der Arbeit schafft die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau der Wirtschaft.*
